Was tun in Zeiten von Krieg und Inflation?

„Deutschland

Inflation? Was ist das? Viele Jahre mussten sich Ökonominnen und Ökonomen nicht um eine hohe Geldentwertung sorgen, da die Preissteigerungsraten in den Industrienationen gering waren. Jetzt beunruhigen rasch steigende Preise weite Teile der Bevölkerung in Deutschland. Doch was sind die Gründe für diese dramatischen Veränderungen? Die Ökonomen Lars Feld und Oliver Landmann im Interview mit der Badischen Zeitung.

Von Jörg Buteweg, Barbara Schmidt und Bernd Kramer

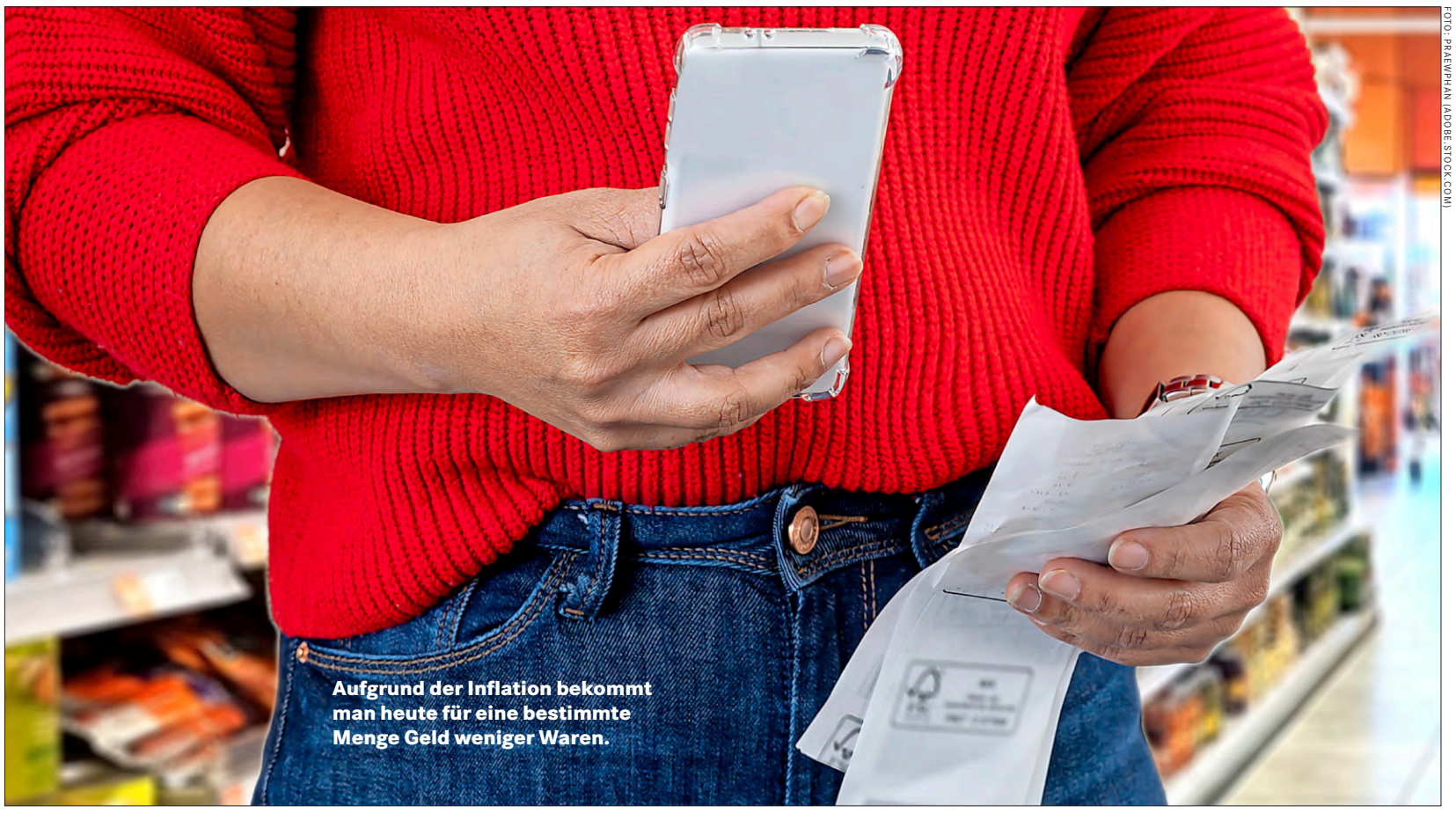


FOTO: PRAEWPHAN (ADOBE.STOCK.COM)

Aufgrund der Inflation bekommt man heute für eine bestimmte Menge Geld weniger Waren.

Die Freiburger Wirtschaftswissenschaftler Lars Feld und Oliver Landmann sehen eine Reihe von Gründen für die gewachsenen Preissteigerungsraten. Beide warnen davor, zu glauben, man könne die mit der aktuellen Inflation verbundenen Kaufkraftverluste komplett ausgleichen. Wer dies annehme, werde die Situation verschlimmern, anstatt sie zu verbessern.

BZ: *Der US-Nobelpreisträger für Wirtschaftswissenschaften Milton Friedman hat einmal gesagt, Inflation sei stets ein monetäres Phänomen. Die Inflationsraten sind derzeit sehr hoch, in den Jahren zuvor haben viele Notenbanken massiv Staatsanleihen gekauft und die Leitzinsen niedrig gehalten. Manche sagen deshalb, die Notenbanken seien schuld an der hohen Geldentwertung, Milton Friedman werde durch die gegenwärtige Situation bestätigt.*

Landmann: Selbstverständlich hängt die Inflation mit der Geldpolitik zusammen. Aber der Zusammenhang ist komplexer als die Frage suggeriert. Die Zentralbanken haben seit der Finanzkrise sehr viel Geld geschöpft, um die Inflationsrate anzuheben, und um ja nicht in eine Deflation abzugleiten. Die Wirkung war eher bescheiden. Erst vor einigen Monaten hat die Inflation Fahrt aufgenommen. Steigende Energie- und Rohstoffpreise, globale Lieferengpässe und ein hoher Kaufkraftüberhang nach dem Wegfall der Corona-Beschränkungen treiben zusammen mit der großzügigen Geldversorgung die Preise in die Höhe. Die Zentralbanken haben darauf eher spät reagiert. Sie stehen nun in der Verantwortung, die Inflation wieder einzufangen.

Feld: Diesen Aussagen gibt es nur wenig hinzuzufügen. Zum weiteren Verständnis hilft ein Blick auf den Transmissionsmechanismus, also wie sich Geldpolitik auf die Realwirtschaft auswirkt. Bis 2020 ist die unter anderem durch Staatsanleihekäufe angewachsene Zentralbankgeldmenge im Wesentlichen im Bankensystem steckengeblieben. Das gilt vor allem für Europa. Über die Verkäufe von Staatsanleihen an die Zentralbank konnten die Privatbanken beträchtliche Gewinne erzielen und so ihre Bilanzsituation deutlich verbessern. Viele Banken hatten ja wegen der Finanzkrise 2008/2009 erhebliche Verluste erlitten. Ab 2020 hat sich die Situation verändert. Die Europäische Zentralbank (EZB) hat die wegen Corona entstandenen zusätzlichen Staatsdefizite finanziert. Die von den Staaten dafür ausgegebenen Staatsanleihen wurden von der EZB fast vollständig aufgekauft. Die höheren Staatsdefizite waren wiederum mit höheren Staatsausgaben verbunden, welche die Nachfrage steigerten. Der Inflationsdruck hat im Übrigen nicht erst mit dem Ausbruch des Ukraine-Kriegs zugenommen. Die Rohstoffpreise haben schon viel früher angezogen. Das hängt vor allem mit dem überdimensionierten US-Konjunkturprogramm wegen Corona zusammen. Die US-Regierung hat den Konsum über staatliche Zahlungen an die Bürgerinnen und Bürger massiv gestützt. Dabei wurden Einnahmeausfälle mehr als ausgeglichen. Das gilt auch für andere entwickelte Staaten. Die Regierungen trieben mit ihren enormen Ausgaben die Inflation in die Höhe.

Landmann: In der Corona-Krise ist der Staat in den westlichen Industrienationen zu einem allumfassenden Versicherer geworden, ohne dass er dafür je entsprechende Prämien erhoben hätte. Es wurde Kaufkraft geschaffen, der keine Wertschöpfung entgegenstand. In den USA legten die verfügbaren Einkommen der Haushalte sogar zu, obwohl die Wirtschaftsleistung einbrach.

Feld: Ich habe bereits von September 2020 an darauf gedrungen, bei den staatlichen Corona-Hilfen in Deutschland zu bremsen – unter anderem für die Gastronomie. Ich habe mir damit viel Ärger eingehandelt.

BZ: *Andere sagen, das Wachstum in Europa sei nicht sonderlich hoch. Kapazitäten seien noch immer nicht voll ausgelastet. Von einer nachfragegetriebenen Inflation gebe es keine Spur. Deshalb müsse man mit Zinserhöhungen vorsichtig sein.*

Landmann: Da unterscheidet sich Europa etwas von den USA. In den USA übersteigt die von den staatlichen Corona-Hilfen beflügelte Nachfrage das Angebot deutlich und wirkt dadurch preistreibend. In Europa ist die Entwicklung über Regionen und Wirtschaftszweige hinweg weniger einheitlich. Viele Dienstleistungsunternehmen mussten während der Pandemie ihre Kapazitäten und ihr Personal herunterfahren und haben jetzt Mühe, die hohe Nachfrage, die zurückgekehrt ist, zu bewältigen. Dies treibt Löhne und Preise in die Höhe. Die Geldpolitik muss mit dem Fuß auf der Bremse bleiben, bis der Inflationstrend wieder erkennbar nach unten weist.

Feld: Ich warne vor einer falschen Wahrnehmung. Wenn in einzelnen Bereichen Arbeitskräfte fehlen, heißt das noch lange nicht, dass insgesamt ein Riesenmangel an Arbeitskräften herrscht. Die Erwerbstätigkeit in der Bundesrepublik steigt kontinuierlich weiter. Das Arbeitskräfteangebot sinkt nicht. Es gab aber eine Wanderung innerhalb der Wirtschaft. Nehmen Sie die Konzert- und Veranstaltungsbranche. Wer dort beschäftigt und handwerklich begabt war, ist mitunter zu Tätigkeiten gewechselt, bei denen die Arbeitszeiten planbarer sind. Solche Branchen müssen sich jetzt bemühen, wieder mehr Arbeitskräfte für sich zu gewinnen, zum Beispiel über eine deutlich attraktivere Bezahlung.

FOTO: ANDREA SCHIFFNER

Lars Feld

BZ: *Es gibt auch die Ansicht, dass der stärkste Tritt der Zentralbank auf die geldpolitische Bremse nichts nützt, wenn Putin den Gashahn zudreht. Dann würden die Energiepreise noch weiter steigen und damit auch die Inflation.*

Landmann: Richtig ist, dass die Notenbanken nicht direkt Einfluss auf den Gaspreis nehmen können. Aber in die Inflationsrate gehen ja auch Preise anderer Güter ein, die sehr wohl auf die monetären Bedingungen reagieren. Es liegt daher klar in der Verantwortung der Zentralbanken, die Preisstabilität mittelfristig wiederherzustellen.

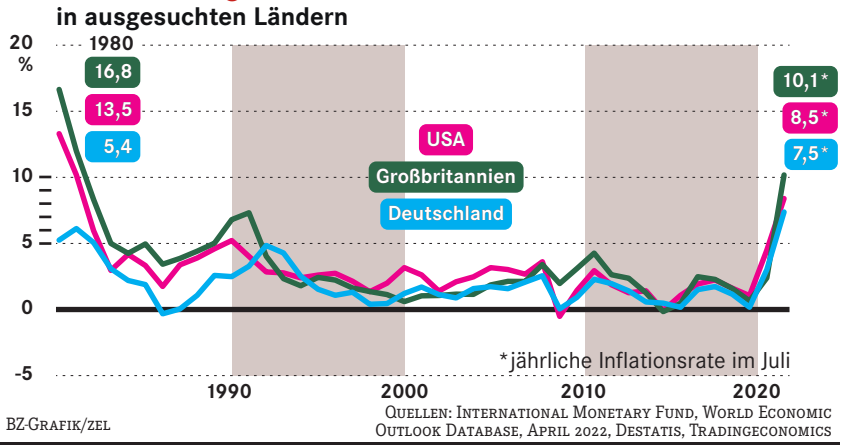
Feld: Klaffen die gesamtwirtschaftliche Nachfrage und das Angebot so weit auseinander wie derzeit, kann die Zentralbank die Nachfrage reduzieren. Weil die Zinsen gestiegen sind, wird zum Beispiel weniger gebaut.

BZ: *Sind Arbeitskräfte knapp, erhöht das den Lohndruck. Nehmen die Löhne schon deutlich zu?*

Feld: Die positive Lohndrift zeigt sich bislang bereits in Ansätzen. Die Lohnstückkosten haben in den ersten vier Monaten dieses Jahres zugenommen. Klare Aussagen kann man zu dieser Frage aber erst machen, wenn die großen Tarifrunden abgeschlossen sind – wie in der Metallindustrie im Herbst.

Landmann: Die Tarifabschlüsse in der zweiten Jahreshälfte werden für die weitere Inflationsentwicklung von Bedeutung sein. Die Tarifparteien müssen berücksich-

Entwicklung der Inflationsrate
in ausgesuchten Ländern



BZ-Grafik/zel

Quellen: International Monetary Fund, World Economic Outlook Database, April 2022, Destatis, Tradingeconomics

HINTERGRUND I

Die Hightech-Lieferverbote wirken

Oliver Landmann und Lars Feld zu den Wirtschaftssanktionen gegen Russland

Wie kann der Ukraine am besten geholfen werden? Mit Sanktionen gegen Russland? Modernsten Waffen? Oder massiven Finanzhilfen? Der Wille, dem belagerten Land mit viel Geld zur Seite zu stehen, ist jedenfalls da, sagt Lars Feld. So seien die Unterstützerstaaten bereit, sowohl bestehende Auslandsschulden des Landes umzuschulden als auch direkte Finanzspritzen zu geben. Von einem Marshall-Plan zum Wiederaufbau könne aber noch keine Rede sein, legt der Berater von Bundesfinanzminister Christian Lindner dar. Dafür fehle es an einer längerfristig angelegten Struktur.

Beide Ökonomen halten militärische Hilfe derzeit für mindestens genauso wichtig wie Geld. „Die Ukrainer brauchen modernste Waffen, um sich auf dem Schlachtfeld behaupten zu können. Bekommen sie diese, zeigt das Wirkung“, sagt Feld. In dieser Hinsicht arbeitet die Bundesregierung ihm zu zögerlich – vor allem die SPD. Grüne und FDP, ansonsten oft gegensätzlicher Meinung, würden bei den Waffenlieferungen bedeutend mehr aufs Tempo drücken.

Wie Lars Feld ist auch Oliver Landmann davon überzeugt, dass man von Wirtschaftssanktionen keinesfalls einen schnellen Regimewechsel in dem von Handelsbeschränkungen betroffenen Land erwarten kann. Das zeige auch das Beispiel Iran. Trotzdem befürwortet Oliver Landmann die Sanktionen. Sie würden der russischen Führung klar machen, dass der Angriff auf die Ukraine einen nicht hinnehmbaren Rechtsbruch darstellt. Würden Verstöße gegen internationale Vereinbarungen, wie der russische Angriff einer sei, nicht sanktioniert, würden die Regelverstöße selbst zur Regel.

Effektiv sind nach Meinung von Lars Feld die Lieferverbote für Hightech-Güter. Es zeige sich bereits jetzt, wie das Fehlen modernster Technik wie hochentwickelter Mikrochips den Handlungsspielraum der russischen Streitkräfte erheblich einschränke. Feld sagt auch, dass die wenigen Sanktionen gegen Russland nach dem russischen Einmarsch auf der Krim 2014 den Krieg heute begünstigt hätten: „Putin dachte, der Westen sei schwach.“ ***bas, weg, bkr***

ist ärmer geworden“

FOTO: PRAEWPHAN (STOCK.ADOBE.COM)

tigen, dass die Verknappung und die Verteuerung von importierten Rohstoffen und Vorprodukten den Verteilungsspielraum im Inland reduziert haben. Ein voller Ausgleich für die gestiegenen Preise ist daher nicht realistisch. Wir sollten die Fehler der 1970er Jahre nicht wiederholen, als der Ölpreis in die Höhe schoss und die Tarifabschlüsse vielerorts den Ausgleich der hie-

FOTO: ANDREA SCHIFFNER

Oliver Landmann

raus resultierenden Inflation erzwingen wollten. Die Folge waren explodierende Inflationsraten und die erste schwere Rezession der Nachkriegszeit. Je realistischer die Tarifabschlüsse den tatsächlichen Verteilungsspielraum abbilden, desto einfacher wird es der Notenbank fallen, die Geldentwertung wieder in den Griff zu bekommen und desto eher wird eine „weiche Landung“ gelingen.

BZ: *Die Gewerkschaft IG Metall hat acht Prozent mehr Lohn für die kommende Tarifrunde gefordert. Das ist lediglich ein bisschen mehr als der Inflationsausgleich. Die Inflationsrate liegt derzeit bei 7,5 Prozent und wird mit Sicherheit wieder zunehmen. Ist das unangemessen hoch?*

Landmann: Ein bedeutender Teil der 7,5 Prozent hat ja nicht die Kassen der inländischen Wirtschaft gefüllt, sondern ist ins Ausland abgeflossen, beispielsweise in die russische Staatskasse. Deutschland ist dadurch ärmer geworden, und dies zeigt sich am realen Volkseinkommen. Daran führt kein Weg vorbei.

BZ: *Für Geringverdiener und Menschen, die ausschließlich auf staatliche Leistungen angewiesen sind, ist das keine zufriedenstellende Botschaft. Sie haben schon jetzt kaum Möglichkeiten, ihre Ausgaben zu kürzen.*

Feld: Die staatliche Unterstützung sollte sich an die richten, die bedürftig sind. Das findet auch statt. Alle Formen der sozialen Grundsicherung werden an die Teuerung angepasst, zum Teil automatisch. Was noch offen ist, ist die Höhe der Heizkostenzuschüsse beim Wohngeld. Es ist aber unstrittig, dass hier etwas getan werden muss. Schwieriger ist eine Entlastung jener Menschen mit einem geringen Verdienst, die zwar keine staatliche Unterstützung erhalten, aber mit ihrem Einkommen unter dem Steuergrundfreibetrag oder in der ersten Progressionszone liegen. Man muss sich zudem fragen, wer eigentlich bedürftig ist. Soll jemand im gleichen Umfang staatliche Hilfen erhalten, der mit etwas anderem als Gas heizt? Die Preisentwicklungen bei den Energieträgern unterscheiden sich.

BZ: *Wer kein Empfänger staatlicher Transferleistungen ist, aber trotzdem wenig verdient, dem kann man gezielt nicht helfen?*

Feld: Es ist jedenfalls alles andere als einfach. Das zeigt das Klimageld. Beim Klimageld sollen Einnahmen aus der Kohlendioxidsteuer als Pro-Kopf-Betrag an die Bundesbürger ausbezahlt werden. Das ist verwaltungstechnisch derzeit jedoch nicht möglich.

Landmann: Trotzdem muss es das Ziel sein, dass der Staat jene unterstützt, die mit den hohen Gaspreisen am wenigsten zurechtkommen. Aber nochmals: Man kann den gesamtwirtschaftlichen Einkommensverlust nicht wegzaubern, man kann ihn nur umverteilen. Diese schmerzliche Tatsache wird von der Regierung nicht ausreichend kommuniziert, sondern durch ihre wiederholten Entlastungsversprechungen eher verschleiert. Der Tankrabatt, das Neun-Euro-Ticket und jetzt auch der Mehrwertsteuernachlass auf das Gas gewähren Entlastungen nach dem Gießkannenprinzip und schwächen damit nicht nur die Sparanreize, sondern schmälern auch den finanziellen Spielraum für die Unterstützung der wirklich Bedürftigen.

BZ: *Kann uns die Konzertierte Aktion retten, harmonisch getroffene Vereinbarungen von Gewerkschaften und Arbeitgebern, bei denen der Staat großzügige Unterstützung verspricht, damit sich Arbeitgeber und Gewerkschafter bei Lohn- und Preisforderungen zurückhalten?*

„Keine Konzertierte Aktion war erfolgreich“

Lars Feld

Landmann: Wenn die Idee sein soll, dass der Staat ein Einkommen gewährleistet, das die volkswirtschaftlichen Realitäten nicht hergeben, kann das nicht funktionieren.

Feld: Bislang war noch keine Konzertierte Aktion erfolgreich. Die Gewerkschaften werden sich nicht darauf einlassen, einen niedrigeren Lohnabschluss zu akzeptieren, wenn der Staat hilfreich zur Seite springt. Zur Diskussion steht ja, dass tariflich vereinbarte Einmalzahlungen steuerfrei gestellt werden sollen, so wie das bei den Sonn- und Feiertagszuschlägen schon lange der Fall ist. Trotzdem ist die Lohnforderung der IG Metall mit acht Prozent relativ hoch ausgefallen.

BZ: *Brauchen die Industriestaaten einen wirtschaftlichen Abschwung, um die hohen Inflationserwartungen aus den Köpfen der Menschen zu bringen? Schmiert die Wirtschaft ab, dämpft das die Preisentwicklung. Lohnforderungen fallen geringer aus, weil das Risiko wächst, dass der Job verloren geht. In den USA ging der hohe Inflationsrückgang in den 1980er Jahren mit einem Konjunktureinbruch einher.*

Feld: Eine Rezession ist nicht wünschenswert. Gleichwohl geht es darum, die gesamtwirtschaftliche Nachfrage zu verringern. Das Ziel sollte aber sein, über eine restriktivere Geldpolitik eine sanfte Landung der Konjunktur hinzubekommen. Viel wäre gewonnen, wenn die Lieferkettenprobleme gemindert werden könnten. Dies erhöht das Angebot und schwächt den Preisauftrieb. Entsprechend gehen dann auch die Inflationserwartungen zurück.

Landmann: Je größer das Vertrauen der Haushalte und Unternehmen ist, dass die Zentralbanken die Inflation zügig wieder zurückführen, desto weniger ist zur Dämpfung des Preisauftriebs ein wirtschaftlicher Abschwung erforderlich. Die Zentralbanken haben sich über die zurückliegenden Jahre einen beträchtlichen Vertrauensvorschuss verdient, können diesen jetzt aber nur behalten, wenn sie klar auf Stabilitätskurs bleiben.

BZ: *Muss die Bundesregierung die Ausgaben kürzen?*

Feld: Der Schritt ins nächste Jahr ist haushaltstechnisch gar nicht so schwierig. Wir kommen schon sehr weit, wenn die Corona-Sonderhilfen nicht verlängert werden. Es wird bereits mit zehn Milliarden Euro Einnahmen weniger gerechnet und Mehrausgaben für Entlastungen sind auch schon eingeplant.

Landmann: Auch die Steuereinnahmen sprudeln bislang.

Feld: Ja, aber das ist zu einem großen Teil inflationsbedingt.

BZ: *Sollen die Reichen in Deutschland mehr Steuern angesichts der teuren Krisen zahlen? Das wird von Teilen der Öffentlichkeit ja gefordert.*

Feld: Eine Erhöhung der Einkommensteuer am oberen Ende der Einkommensskala trifft nicht zuletzt eine Vielzahl von Unternehmen, etwa die Personengesellschaften. Bei ihnen würde eine höhere Einkommensteuer zu einer Verringerung der Investitionen führen. Das hilft nicht weiter. Und zum besseren Verständnis: Der Vorschlag von Bundesfinanzminister Christian Lindner (FDP) zum Abbau der kalten Progression (Infobox) enthält faktisch schon eine höhere steuerliche Belastung für Einkommen ab 250 000 Euro.

Landmann: Wesentlich ist doch auch, dass sich der Staat nicht übernimmt, indem er Entlastung für alle verspricht. Vor diesem Hintergrund halte ich auch die Gasumlage für deutlich zu gering bemessen. Unglücklich ist, dass die ganze Entlastungsdiskussion mit dem Ausgleich der kalten Progression vermengt wurde. Das eine hat sachlich mit dem anderen nichts zu tun. Der Ausgleich der kalten Progression sorgt ja nur dafür, dass die Inflation den Willen des Gesetzgebers nicht verfälscht; er sollte daher idealerweise automatisiert sein.

ZUR PERSON

OLIVER LANDMANN

Der Volkswirt (Jahrgang 1952) hatte von 1987 bis 2020 den Lehrstuhl für Wirtschaftstheorie an der Freiburger Albert-Ludwigs-Universität inne. Zu den Forschungsschwerpunkten des Wirtschaftswissenschaftlers zählen die Makroökonomie und internationale Währungsfragen. Promoviert und habilitiert hat der Schweizer an der Universität in Basel. Als Postdoc war er an der US-Uni Stanford in Kalifornien. 1986 arbeitete Landmann in der Forschungsabteilung der Schweizer Nationalbank in Zürich.

LARS P. FELD

Der Professor (geb. 1966) für Wirtschaftspolitik an der Universität Freiburg leitet seit 2010 das Walter-Eucken-Institut. Im Jahr 2011 wurde der Finanzwissenschaftler Mitglied im Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung – den Wirtschaftsweisen. Von März 2020 bis Februar 2021 war Feld Chef des wohl einflussreichsten Ökonomenzirkels in der Bundesrepublik. Seit Februar 2022 ist er Berater von FDP-Bundesfinanzminister Lindner. ***bkr***

HINTERGRUND II

„Krieg zerstört den Wohlstand“

Ohne Sicherheit wird es mit dem Wachstum schwierig

Wird sich die nächste Generation mehr leisten können als ihre Vorgängerin? Eine wichtige Frage: Immerhin beruht zumindest ein Teil der Legitimation des Wirtschafts- und politischen Systems im Westen auf einem klaren Ja zu dieser Frage. Millionen Menschen halten es für eine Selbstverständlichkeit, dass sie über mehr Wohlstand verfügen als ihre Eltern. Ökonom Oliver Landmann ist in dieser Hinsicht im Prinzip weiter Optimist. Wohlstand hänge, so der Wirtschaftswissenschaftler, vor allem von der Produktivität einer Volkswirtschaft ab. Diese sei wiederum vom technischen Fortschritt getrieben. Für diesen sieht Landmann auch heute noch keine Grenzen. Allerdings zögen „dunkle Wolken“ auf. Da sei zum einen der Kli-

FOTO: DANIEL CENG SHOU-YI (DPA)

Zerstörtes Gebäude in Charkiw

mawandel, der die Lebensgrundlagen der Menschheit bedrohe. Allerdings habe man Gegenrezepte erarbeitet, die man nun umsetzen müsse – wie zum Beispiel einen globalen Handel mit Kohlendioxidemissionszertifikaten.

Schwieriger sei es mit einer Antwort auf die veränderte weltpolitische Sicherheitslage, der möglichen Abschottung von Wirtschaftsblöcken und dem unüberhörbaren Säbelrasseln zwischen dem liberalen Westen und Autokratien wie Russland und China: „Alle sitzen auf gefüllten Pulverfässern. Geht da etwas schief, sind alle unsere Wachstumsprojektionen für den Papierkorb.“

„Krieg ist der größte Wohlstandszerstörer“, sagt sein Kollege Lars Feld. Das zeige der russische Angriffskrieg in der Ukraine einprägsam. Feld betont, dass internationale Sicherheit und Klimaschutz nicht getrennt voneinander gesehen werden könnten. „Ohne China werden wir keine Lösung des Klimaproblems schaffen.“ Das sei aber alles andere als einfach, da China und den Westen ein unterschiedliches Werteverständnis trennten. ***bas, weg, bkr***

INFO

KALTE PROGRESSION

Von kalter Progression spricht man, wenn Einkommen steigen, die Besteuerung zunimmt, die Einkommenserhöhung aber durch die Inflation aufgezehrt wird. Ist der Gehaltszuwachs geringer als die Inflationsrate, verliert das Gehalt an Kaufkraft – man kann weniger Güter erwerben. Man spricht bei der kalten Progression auch von einer schleichenden Steuererhöhung. Reagiert der Gesetzgeber nicht auf die kalte Progression, steigt die Belastung für die Steuerpflichtigen an.